



Scirocco
borderline-europe, Sizilien –
Teil 21/2022
Palermo, 21.12.2022



Scirocco **borderline-europe, Sizilien –** **Teil 21/2022**

Palermo, 21.12.2022

Scirocco [ʃiˈrɔkko-Schirokko] ist ein südöstlicher, heißer starker Wind, der für oftmals nur wenige Stunden Staub und Sand über das Mittelmeer nach Sizilien und Italiens Norden trägt. Diese Kurzinfo erscheint seit März 2021 in einem ca. zweiwöchentlichen Rhythmus.

Politische und soziale Situation

Das Gerichtsverfahren gegen die zwei Verantwortlichen des **“Schiffbruchs der Kinder“ vom 11. Oktober 2013** (siehe [hier](#) und [hier](#)) ist mit einem Urteil beendet worden. Die [römischen Richterinnen Maria Concetta Giannitti und Chiara Bocola und die Vorsitzende der zweiten Strafkammer, Anna Maria Paziienza](#) kamen zu dem Schluss, dass sich die italienische Marine und die Küstenwache der **vorsätzlichen Unterlassung der Rettung des Schiffes** schuldig gemacht haben und dass ihre Entscheidung, nicht einzugreifen, zu den schweren Opfern beigetragen hat: 268 Tote, darunter sechzig Kinder, die in der Nacht zuvor Libyen verlassen hatten. Die Angeklagten, der Schiffskapitän Leopoldo Manna und der Fregattenkapitän Luca Licciardi, entgingen einer Verurteilung aufgrund von **Verjährung**; Hinterbliebene und Opfer, die überlebt haben können nun Schadensersatz einklagen. Die Anwält*innen der Familien und Opfer erinnerten in einer [gemeinsamen Erklärung](#) an die Bedeutung dieses Urteils: "Unsere Mandant*innen, die in den fünf Stunden auf See, in denen sie vergeblich auf Rettung warteten, ihre Angehörigen und

in vielen Fällen ihre Kinder ertrinken sahen und ihr Leben riskierten, haben uns immer gebeten, dafür zu sorgen, dass sich das, was passiert ist, nicht wiederholt, und deshalb haben sie auch die Qualen dieses langen Prozesses auf sich genommen. Heute können wir hoffen, dass diese Entscheidung alle an die konventionellen und rechtlichen Pflichten erinnert, die denjenigen obliegen, die Seenotrettung durchführen und verwalten. Die **Entscheidung des Römischen Gerichtshofs betrifft nicht nur die Vergangenheit, sondern auch die Gegenwart und die Zukunft**: Menschenleben auf See müssen immer gerettet werden, und keine Ordnung oder Bequemlichkeit kann diese unausweichliche Pflicht unterdrücken".

Politische Spannungen zwischen Frankreich und Italien

Die politischen Spannungen zwischen Frankreich und Italien um die **Anlandung des zivilen Seenotrettungsschiffs Ocean Viking** (siehe auch [hier](#)) waren auch auf dem EuroMed-Gipfel zu spüren. Die italienische Regierungschefin Giorgia Meloni wurde vom stellvertretenden [Ministerpräsidenten und Außenminister Antonio Tajani](#) vertreten, der die derzeitigen Auseinandersetzungen als "unterschiedliche Meinungen" zwischen Frankreich und Italien auslegte und darauf verwies, dass die Verteilungsfrage von Migrant*innen und Geflüchteten nur auf europäischer Ebene gelöst werden könne. Zudem sei ein Treffen zwischen dem französischen Präsidenten [Emmanuel Macron und Giorgia Meloni](#) geplant. Laut des Rats für innere Angelegenheiten der EU werde derzeit an einem [politischen Kompromiss](#) hinsichtlich der Verantwortung zur

Rettung bei Seenot und der Solidarität der Verteilung und Aufnahme Geretteter gearbeitet. Dass die EU vor großen ungelösten Problemen steht, machen auch die **verschwundenen Personen des Rettungsschiffs Ocean Viking** deutlich. Das Schiff des Hilfswerks SOS Méditerranée hatte Ende November im südfranzösischen Hafen Toulon angelegt und Frankreich, Deutschland sowie weitere EU-Staaten erklärten sich dazu bereit, je ein Drittel der ankommenden Menschen aufzunehmen. Wie bereits zuvor erwähnt (siehe [hier](#)) wurden jedoch nach Ankunft bereits 123 der 230 in Frankreich angekommenen Personen abgewiesen. [Allerdings ist bis heute lediglich der Verbleib von 6 der 234 Personen bekannt](#), sodass der französische Innenminister Gérald Darmanin in Erklärungsnot geriet.

Italienische Migrationspolitik

Die migrationspolitischen Vorhaben der italienischen Regierung sehen düster aus: So möchte [Giorgia Meloni](#) in den nächsten drei Jahren **42 Millionen Euro in den Ausbau von Abschiebezentren** investieren. Zudem halte sie eine Reformierung des Dublin-Abkommens oder die Umverteilung von Geflüchteten und Migrant*innen nicht für notwendig, sondern fordert einen [Stopp der Ausreise und die Blockierung der Abfahrten](#) über das Mittelmeer. Der italienische Außenminister [Antonio Tajani](#) kündigte deutlich mehr **Genehmigungen für die Rückführung** von Migrant*innen an, die in der Praxis Abschiebungen entsprechen.

Mit der neuen Regierung ist die Anzahl [neofaschistischer Drohungen und rassistisch und politisch motivierter Angriffe](#) gegenüber Journalist*innen

und Gewerkschaften stark gestiegen. Das trifft sowohl bekannte Journalist*innen wie Paolo Berizzi und Rula Jebreal als auch kleinere Zeitungen und Organisationen. Bereits im vergangenen Jahr griff eine Gruppe von Neofaschist*innen die Zentrale einer der größten italienischen Gewerkschaften an und zerstörte sie, nachdem es ihr nicht gelungen war, den Amtssitz des Ministerpräsidenten zu erreichen. Das sei ein Zeichen der neofaschistischen Bewegung gewesen, da es sich bei den Angriffen nicht "nur" um online Drohungen auf den sozialen Medien handelt, sondern um eine reale, physische Gefahr für Berichterstatte*innen und Gewerkschaften, kommentierte Paolo Berizzi. Durch die neue rechte Regierung fühlen sich Rechtsextreme in Italien weiter bestärkt, sodass die Drohungen noch einmal deutlich zunehmen.

EU-Politik

Die Europäische Kommission hat bekannt gegeben, die türkischen Behörden im Jahr 2022 mit [1,2 Milliarden Euro](#) finanziell unterstützt zu haben, um die **Grenzkontrollen in Richtung Europa zu verstärken**, wie es in dem 2016 geschlossenen Abkommen zwischen Ankara und der EU vorgesehen ist. Gerade erst wurden weitere 220 Millionen Euro an die Türkei freigegeben. Der sog. **"EU-Türkei-Deal"** wird seit Beginn heftig kritisiert. Der Türkei werden Menschenrechtsverletzungen nachgewiesen und der EU die unzulässige Ablehnung von Asylsuchenden und Geflüchteten – dennoch forderte der Europäische Rat im [Juni 2021](#) eine Verlängerung des Abkommens.

Darüber hinaus geht aus einem [Bericht von Human Rights Watch \(HRW\)](#) hervor, wie sich **Frontex per Luftüberwachung an den Menschenrechtsverbrechen libyscher Behörden** beteiligt.

Gemeinsam mit nordafrikanischen Partnerländern hat die EU [zwei Initiativen zur Kooperation im Bereich der Migration](#) gestartet. Die **Initiativen 'Team Europa'** konzentrieren sich nun auf die Migrationsrouten Atlantik/Westliches Mittelmeer und Zentrales Mittelmeer. Sie stellen einen **weiteren Versuch der Migrationsabwehr** seitens der EU dar.

Fall Don Mattia

Die italienische Staatsanwaltschaft will den Fall von Don Mattia archivieren. Der [Kaplan der italienischen Organisation Mediterranea Saving Humans hatte über seinen Twitter-Account Drohungen erhalten](#), die mit der libyschen Mafia in Verbindung stehen. Dies zeigt, dass die Angriffe auf diejenigen, die sich für die Rettung von Migrant*innen und Geflüchteten aus dem Meer einsetzen oder den Menschenhandel im Mittelmeer anprangern, von den italienischen Behörden nicht ernst genommen werden und es sich in den Worten der Ermittlungsbehörden nicht um "Profile von strafrechtlicher Relevanz" handelt. Das Vorgehen dieser Behörden **missachtet die Realität und den Ernst der Lage für Priester*innen, Journalist*innen und Menschenrechtsverteidiger*innen**, die laut journalistischer Recherchen und parlamentarischer Akten von einem "Sprecher der libyschen Mafia mit Verbindungen zu den Geheimdiensten verschiedener Länder" bedroht werden und setzt diese weiteren Gefahren aus.

Fall Soumahoro

Die Präfektur von Latina hat der Genossenschaft der Schwiegermutter des italienisch-ivorischen Gewerkschafters, Aktivisten und Politiker Aboubakar Soumahoro (wir berichteten [hier](#)) die [Zuständigkeit für 13 Migrationszentren entzogen](#). Marie Therese Mukamitsindo steht seit Wochen wegen **schweren Betrugs, falscher Rechnungsstellung und Veruntreuung öffentlicher Mittel** bei der Verwaltung dieser Zentren vor Gericht. Ihr wird insbesondere vorgeworfen, ihren Angestellten monatelang keine Gehälter gezahlt zu haben und die Zentren in einem Zustand zu halten, der weit unter den vom Staat geforderten Standards liegt. **Gegen Soumahoro wird nicht ermittelt**. Dennoch ist der Politiker nun aus der [Fraktion Alleanza Verdi Sinistra ausgetreten](#), da er laut eigener Aussagen "eine Leichtfertigkeit" begangen (habe), indem er sich nicht stärker für die Probleme der Genossenschaften seiner Schwiegermutter interessierte. Zudem erklärte er seine Ansichten in einem [Videostatement](#) und fügte an, dass er auf der Straße geboren sei und immer in der Ecke gestanden habe. Sein Weg in die Politik sei kein individueller Weg gewesen, sondern ein kollektiver und diesen werde er nun wieder gehen.

Zahlen und Statistiken

Italien hat 2022 im Vergleich zu anderen europäischen Staaten **unterdurchschnittlich viele Menschen aufgenommen**, die internationalen Schutz oder Asyl suchen. Das geht aus dem [Migrationsbericht der italienischen Bischofskonferenz](#) hervor, der darauf aufmerksam macht, dass allein im Zeitraum Januar bis Oktober diesen Jahres mindestens 1.800 Menschen ihr

Leben auf dem Mittelmeer verloren haben. In Hinblick auf die Aufnahmebereitschaft der Europäischen Union spricht der Bericht von einer **Spaltung**: Während es europaweit große Solidarität mit ukrainischen Geflüchteten gab und gibt, zeigt sich eine zunehmende Diskriminierung und Verletzung von Menschenrechten und internationalen Konventionen gegenüber Schutzsuchenden aus anderen Teilen der Welt – auch gegenüber Minderjährigen, die an den Grenzen der EU ankommen. Zudem habe **2022 die Zahl der Menschen, die weltweit auf der Flucht sind, die 100-Millionen-Marke überschritten.**

Laut des [italienischen Innenministeriums](#) sind seit Anfang diesen Jahres 98.179 Menschen an den italienischen Küsten gelandet, davon rund 12.100 unbegleitete minderjährige Geflüchtete (12,3%). Nach einem Rückgang im Covid-Jahr 2020, in dem nur wenige Menschen fliehen konnten, ist die Zahl der flüchtenden Menschen in 2021 und 2022 wieder angestiegen.

Gleichzeitig ist die [Zahl ausstehender Asylentscheidungen um 50% gestiegen](#). Durch die langen Wartezeiten von mindestens vier Wochen, große Schwierigkeiten beim Zugang zu Anträgen bei den Polizeidienststellen und unzulässige Anträge wird vielen Menschen **der Zugang zu einem internationalen Schutzstatus verhindert**, was einen schwerwiegenden Verstoß gegen die europäischen und nationalen Vorschriften zur Anerkennung des Flüchtlingsstatus darstellt. Das italienische Gesetzesdekret Nr. 25 aus dem Jahr 2008 betont die Bedeutung einer rechtzeitigen Annahme der

Willensbekundung, internationalen Schutz zu beantragen, und schreibt hierfür genaue Fristen vor. Ebenso gibt die Richtlinie 2013/32/EU des Europäischen Parlaments und des Rates verbindliche Verfahren und Fristen für die Registrierung von Anträgen auf internationalen Schutz vor – beide werden in der Realität häufig missachtet, zu Lasten schutzsuchender Menschen.

Finanzielle Unterstützung Lampedusas

Erfreulich ist die Nachricht über ein staatliches Paket zur [finanziellen Unterstützung der Gemeinde von Lampedusa und Linosa](#), um die entstandenen Kosten der Unterbringung und Verwaltung von Geflüchteten und Migrant*innen zu tragen.

Ausbeutung von Migrant*innen (Caporalato)

In Italien arbeiten rund **230.000 migrantische Arbeiter*innen ohne Arbeitsvertrag** und unter menschenunwürdigen Bedingungen. Aus dem [VI. Bericht "Agromafie e caporalato" der Beobachtungsstelle Placido Rizzotto des Gewerkschaftsbundes CGIL](#) geht hervor, dass die Ausbeutung der Arbeitskraft von migrantischen Land- und Saisonarbeiter*innen keine großen regionalen Unterschiede zwischen Nord- und Süditalien aufweist, sofern die illegalisierten Arbeiter*innen in das kriminelle System des "Caporalato" gelangen. Der Bericht enthält unter anderem Aussagen von Betroffenen, die ihre Geschichte darlegen und macht auf die **strukturelle Ausbeutung und die Umweltvergehen der Agrar- und Lebensmittelketten** aufmerksam.

Situation der Geflüchteten

Humanitärer Korridor

Dank eines **humanitären Fluchtkorridors** konnten Ende November [114 Geflüchtete aus Libyen](#) in Rom einreisen. Die betroffenen Personen kommen aus Syrien, Eritrea, dem Sudan, Südsudan und der Demokratischen Republik Kongo. Sie werden sowohl vom Nationalen Aufnahmesystem als auch von der Kirchengemeinde Sant'Edigio, dem Bund der Evangelischen Kirchen Italiens und dem Tavola Valdese aufgenommen. Diese Ankunft vervollständigt ein Protokoll für Geflüchtete und Asylsuchende, über das insgesamt 500 Personen aus libyschen Lagern nach Italien eingereist sind.

Über einen weiteren humanitären Fluchtkorridor wurde die **Evakuierung von 152 Afghan*innen** ermöglicht, die seit Ende letzten Jahres auf ihre versprochene Einreise nach Italien und in andere europäische Staaten warten. Verantwortet wurde dieser humanitäre Korridor vom italienischen Staat und der italienischen Botschaft in Islamabad (Pakistan). [Libero Ciuffreda, Mitglied des Rates des Bundes der Evangelischen Kirchen](#) in Italien, kommentierte die Einreise per Flugzeug emotional: „Ich sah Lampedusa, ich sah tote Kinder, ich sah Menschen, die erschöpft ankamen. Ihr seid mit euren Familien, euren Koffern und eurer Zuneigung gekommen. Es ist also möglich. (...) Es ist möglich, eine geplante und koordinierte Begrüßung durchzuführen, eine Begrüßung, bei der sich die Menschen in die Augen sehen, die Hände schütteln und gemeinsam gehen. Eine gute Reise für uns alle“.

Leider stellen humanitäre Korridore dieser Art die absolute Ausnahme dar. Eine sichere Einreise muss ein

Grundrecht für alle Schutzsuchenden sein.

Unterbringung Geflüchteter

Lediglich 37,7% der Anträge auf einen Aufenthaltstitel in Italien wurden im Zeitraum von Mai 2020 bis Ende Oktober genehmigt. Diese Daten wurden von der [Kampagne Ero straniero](#) bereitgestellt, welche den langsamen Verwaltungsapparat des Innenministeriums stark kritisiert und diese **geringe Quote für die miserablen Lebensbedingungen von Geflüchteten und Asylsuchenden** in Italien verantwortlich macht. Extrem lange Wartezeiten, dauerhaft unterbesetzte, ausgelastete und unvorbereitete Ämter zwingen Geflüchtete und Migrant*innen in prekäre Arbeits- und Lebensverhältnisse. Dies ist auch Inhalt einer **Sammelklage gegen die Präfektur von Rom**, die beim regionalen Verwaltungsgericht von Latium eingereicht wurde und deren erste Anhörung für den 31. Januar angesetzt ist.

Black Book of Pushbacks 2022

Das ["Schwarze Buch der Pushbacks"](#) des Recherchekollektivs Lighthouse Reports, welches in Zusammenarbeit mit mehreren europäischen Zeitungen veröffentlicht wurde, hat die **menschenunwürdige Zustände für Migrant*innen in Italien und Europa gut dokumentiert**. Laut des Berichts gäbe es in Bulgarien, Kroatien und Ungarn [mehrere sogenannte "Black Sites" \(geheime Haftzentren\)](#) in denen Geflüchtete und Migrant*innen bis zu ihrer Abschiebung festgehalten würden

und ihnen das Recht auf Asyl verweigert wird. Während ihrer Inhaftierung hätten sie keinen Zugang zu Toiletten, fließendem Wasser, Essen und Trinken und würden körperlich misshandelt. Das Buch enthält zahlreiche Zeugnisse von mehr als 25.000 Menschen auf der Flucht, welche die Brutalität des europäischen Migrations- und Grenzregimes deutlich machen.

Dreiländereck Italien-Österreich-Slowenien (Balkanroute)

Die **Bewegungen auf der Balkanroute sind im vergangenen Jahr um rund 204% angestiegen**. Dies gilt sowohl im Gebiet von Tarvisio an der italienischen Grenze zu Kärnten als auch am Brenner an der Grenze zu Tirol. Laut einer [vom Innenministerium unterzeichneten](#) und an die Präfekten von Gorizia, Trieste und Udine sowie an den Regulierungsbeauftragten der Provinz Bozen gesandten Richtlinie sollen daher zukünftig die Grenzkontrollen zu Österreich und Slowenien verstärkt werden. Das ist insofern tragisch als das es zuletzt **ernstzunehmende Rechtswidrigkeiten** bei der Rückübernahme von Geflüchteten und Migrant*innen auf der Balkanroute gab. Diese wurden nun auch vom [Gerichtshof von Rom](#) festgestellt. Gemeinnützige Organisationen und migrantische Unterstützungsstrukturen beklagen die **unmenschliche und erniedrigende Behandlung von Schutzbedürftigen und die Durchführung von Kollektivausweisungen** – die gemäß des Europäischen Menschenrechtskonvention (EMRK) und der Genfer Flüchtlingskonvention (GFK) verboten

sind – schon seit langem (siehe [hier](#)). Dennoch ist die **bilaterale Vereinbarung über die Rücknahme von Geflüchteten und Migrant*innen** zwischen Italien und Slowenien seit dem 28. November wieder in Kraft. Das berichtete der [italienische Innenstaatssekretär Emanuele Prisco](#) bei einem Besuch in Triest. Diese Entscheidung entspricht der migrationspolitischen Linie der neuen italienischen Regierung, die ihre **migrationsfeindlichen und diskriminierenden Vorhaben** nicht zurückhält (siehe dazu die [letzten Ausgaben](#) des Sciroccos).

Norditalien

In Trieste warten noch immer zahlreiche Geflüchtete und Migrant*innen auf eine Unterkunft. Ohne Dach über dem Kopf müssen sie diesen Winter vor dem **Bahnhof kampieren und ihre gesundheitliche Situation verschlechtert sich wegen sinkender Temperaturen täglich**. Eine Gruppe von Bürger*innen, die bereits im Oktober letzten Jahres einen offenen Brief an den Bürgermeister zu diesem Thema unterzeichnet hatten, drängten daher erneut auf die [Bereitstellung eines neuen Wohnheims für über 300 Menschen](#), die auf eine Unterkunft warten und um die 100 neuen Ankünfte pro Tag, von denen rund die Hälfte in Italien bleiben möchte, unterzubringen. Der Arzt Duccio Peratoner bestätigt die Dringlichkeit der humanitären Notsituation: Die jungen Menschen kämen in die Ambulanzen, in die Gemeinden und in das Tageszentrum in der Via Udine und hätten praktisch alle **Fieber, viele eine Lungenentzündung und Befall wie Krätze**. Der Bürgermeister sei für die Gesundheit der

Stadt verantwortlich und müsse dringend für eine Unterkunft der ankommenden Menschen sorgen.

Weitere Informationen zur Situation in Italien finden Sie unter „Projekte“ auf unserer [Homepage](#) sowie in den vorherigen Ausgaben des [Scirocco](#).

Kontakt

[borderline-europe](#)
Menschenrechte ohne Grenzen e.V.
<https://www.borderline-europe.de/>
italia@borderline-europe.de